

Nedakz:
Wien, VI., Campendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Österreich-Ungarn mit freier
Postzulieferung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Liefert.) 70 kr. =
Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem
2. und 4. Donnerstag im Monat.
Unvergessene Bekanntmachungen sind gratis.

Die Zukunft

Centralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:
Wien, VI., Campendorferstraße 78.

Insetions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gesetzte Zeitseite oder
berein Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen
sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 45.

Wien, Donnerstag 11. August.

1881.

Parteigenossen! Vergeht der Familien der Inhaftirten nicht.

Reg. Nr. 3371
Prot. 3. 28708



Im Namen Seiner Majestät des Kaisers!

Das I. L. Landesgericht zu Wien als Preisgericht hat auf Antrag der I. L. Staatsanwaltschaft erlaubt, daß der Inhalt des in Nr. 44 der Zeitschrift „Die Zukunft“ ddo. 28. Juli 1881 unter der Aufschrift „Die Sozialdemokratie“ enthaltenen Artikels in der Stelle von „Insbesondere die Sozialdemokratie“ bis „sein Haupt erhebt“ das Vergehen nach §. 302 St.-G. ferner des ebenda enthaltenen Artikels mit der Aufschrift „Aus Parteikreisen“ in der Stelle von „die väterliche Fürsorge“ bis „Freiheit aus in Österreich“ das Vergehen nach §. 300 St.-G. und des ebenda unter der Aufschrift „Eingesendet“ enthaltenen mit „Norbert Boula“ gezeichneten Aufsatzes das Vergehen nach §. 300 St.-G. und nach Art. IV. des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 8 R.-G.-Bl. für 1863 und es wird nach §. 493 St.-P.-O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Zeitschrift ausgesprochen. Zugleich wird die von der I. L. Sicherheitsbehörde vorgenommene Beklagnahme gemäß 487—9 St.-P.-O. bestätigt und nach §. 37 P.-G. auf die Vernichtung der falschen Exemplare erlaubt.

Gründc:

Der in Nr. 44 der obigen Zeitschrift enthaltene Aufsatz mit dem Titel „Die Sozialdemokratie“ sucht in der Stelle von „Insbesondere die Sozialdemokratie“ bis „sein Haupt erhebt“ zu Feindseligkeiten gegen einzelne Klassen der bürgerlichen Gesellschaft und zu feindseligen Parteien aufzutreten, erscheint somit geeignet, den Tatbestand des Vergehens nach §. 302 St.-G.-B. zu begründen; der ebenda enthaltene Aufsatz mit dem Titel „Aus Parteikreisen“ sucht in der Stelle von „die väterliche Fürsorge“ bis „Freiheit aus in Österreich“ durch Schmähungen und Verachtungen zum Hass oder zur Verachtung wider die Polizeibehörde aufzurezen, erscheint somit als geeignet, den Tatbestand des Vergehens nach §. 300 St.-G. zu begründen; der ebenda unter der Aufschrift „Eingesendet“ enthaltene mit „Norbert Boula“ gezeichnete Aufsatz sucht durch Schmähungen, unwahrer Angaben und Entstellung von Tatsachen zum Hass oder zur Verachtung wider die Militärjustizbehörde aufzurezen, erscheint somit geeignet, den Tatbestand des Vergehens nach §. 300 St.-G. und nach Art. IV. des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, Nr. 8 R.-G.-Bl. für 1863 zu begründen.

Wien, am 1. August 1881.

Wittenbiller.

Ein „liberales“ Bekennnis.

Die „Presse“ gilt als ein Regierungsorgan des Großen Raiffe, und zwar scheint sie den speziellen Zweck zu haben, unter den Deutschliberalen für jene schmückend gesuchte und noch immer nicht gefundene „Mittelpartei“ zu werben, auf die sich Graf Raiffe gerne stützen möchte, da ihm seine jetzigen Freunde zu ungern reaktionär und zu unvorsichtig sind.

Es ist deshalb die versuchte Pflicht und Schuldigkeit der „Presse“, zwar ihre Unzufriedenheit mit dem jetzigen Vorgehen der Deutschliberalen zu äußern, dabei aber doch jenen Elementen unter ihnen um den Bart zu streichen, die etwa für gewisse Konzessionen die neueste Versöhnungssära unterstützen würden. Bis jetzt sind diese Herren allerdings zu sehr an ihre Alleinherrschaft gewöhnt gewesen, als daß sie sich bereit finden würden, mit andern die Sühnungen der politischen Herrschaft zu teilen; allein wenn sie sich mit der Zeit überzeugen sollten, daß es anders nicht geht, so werden sie sich schon noch herbeilassen, mit einem Teile der Herrschaft und der damit verbundenen Vorteile vertrieben zu nehmen. Die Ausgabe der „Presse“ ist nach dieser Seite hin also keine undankbare für Leute, die ein schönes Stück Geld verdienten wollen, ohne viel Geist dabei aufzuwenden.

Schlimmer ergeht es den Leitern dieses Blattes, wenn es sich darum handelt, das Programm zu entwickeln, auf welchem die zukünftige Mittelpartei fußen soll, und dabei passirt es ihnen gar leicht, daß sie über allgemeine Fragen nicht hinauskommen, wenn sie zu jenen Fragen gelangen, deren richtige Lösung die Klasseninteressen der Bourgeoisie verleihen würde. So brachte das Morgenblatt der „Presse“ vom 6. August einen Leitartikel, der eine Art Programmatik für die zukünftige regierungsfreundliche deutschliberale Partei zwar nicht detailirt, aber andeutet soll. Zu diesem Artikel finden sich interessante Geständnisse — interessant deshalb, weil sie aus der Feder eines „liberalen“ Parteigängers stammen — welche manche Schwächen der „liberalen“ Partei aufdecken, dabei aber doch der vollen ungeschminkten Wahrheit aus dem Wege gehen.

Es heißt darin: „Man braucht durchaus keinen Geschmack jenen gleichfalls gedankenlosen H. gegen die sogenannte „liberale Klique“ abzugewinnen und wird

gleichwohl gestehen müssen, daß jenes System, welches wir aus den Doktrinen der verehrten Staatsrechtslehrer und Volkswirte der Gegenwart, der Bluntschi, Roscher und Rau, uns zu eigen gemacht haben, zwördert auf die Herrschaft des Kapitals und der Intelligenz gerichtet war. Nun sind Kapital und Intelligenz gewiß zwei maßgebliche Faktoren im staatlichen und gesellschaftlichen Leben, sie bilden beide den naturgemäßen Gegensatz zu Adel und Gewissenszwang, den Eckpfeilern des alten Regimes (des feudalen Staates). Aber ebenso sicher ist, daß die gebildete Bourgeoisie eben nur eine und gewiß nicht die zolreichste Gesellschaftsklasse ist....“ Das „liberale System“ macht allorten die Erfahrung, daß es seinen Gegnern zu viel Raum übrig gelassen. Diese Gegner stärken sich und haben ihre volkssüchtige Basis gefunden in jenen Elementen der Gesellschaft, welche von den Verfassungsrechten ausgeschlossen waren und deren Schutz, Vertretung und Pflege die Bourgeoisieregierungen nur in sehr ungenügender Weise besorgt hatten. Die soziale Frage ist eine politische Machfrage geworden und die soziale Revolution wird abgelenkt in die sozialen Tendenzen der konservativen Parteien. Der städtische Mittelstand stärkt die radikalen Falszinen, das Landvolk und die Arbeiterschaft fordert den staatlichen Schutz gegen die Gefahr von Arroganz und Nachfrage, welche sie beide, Landvolk und Arbeiterschaft, zu Gefahren der Armut und des Hungers geworden sind.“ Die Elemente Kapital und Intelligenz werden im modernen Staat nicht gefährdet werden können, aber sie werden sich dazu bequemen müssen, Herrschaft und Geltung mit den großen Volksmassen, den Konsumtiven, den Arbeitern, den Bauern zu teilen und das System staatlicher Fürsorge auf breitere Basis zu stellen.“

Es ist interessant wahrzunehmen, wie sich Fertum und Wahreheit, Klecksenvorurteil und richtige Erkenntnis in diesem Artikel die Hand reichen, um zu einem Schluß zu kommen, der an Unklarheit und Verschwommenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Daß das sogenannte „liberale“ System, welches der Verfasser jenes Artikels auf die deutschen Volkswirtschaftslehrer zurückführt, das aber in der Tat nur ein verwässerter Abklatsch britischer Regierungskunst ist, auf die Herrschaft von Kapital und Intelligenz abzielt, ist nur zum Teile richtig. Die Intelligenz hat nämlich in jenem System immer nur eine theoretische Rolle gespielt, während in der Praxis nur

noch einem neuen vernünftigen System nach allen Richtungen gesandten Wassermassen aufzutrocknen. Die Gartenanlagen — der prächtige Stadtpark, die Anlagen auf dem Franz-Josefs-Dom, der Rathauspark, der Volks- und Keijergarten — jagen für den notwendigen Saatstoff und man hat, wenn man aus der Vorstadt auf den Ring kommt, das Gefühl, als wenn man aus einer dunstigen, staubigen, stinkenden Werkstatt in die frische Luft hinaustrate.

Ja, warum weiß man denn auf den Ring und in den städtischen Anlagen den Staub und die Hitze so wirksam zu bekämpfen und warum läßt man denn aus armen Vorstädten in Staub und Dunst umkommen? Balden wir viele Hunderttausende etwa weniger Buszkreuzer an die Kommune, als die handvoll Bewohner der Ringstraße, die zum Überflusse nicht einmal hier sind, sondern sich in noch ältere Badeorte und Sommerfrischchen zurückzogen haben? Wie bei alten Steuern, wird auch bei den Kommunalsteuern der weitaus größte Teil von der befreiften Bevölkerung aufgebracht. Wie man sie dafür berücksichtigt, geht außer dem bereits Angeführten, noch daraus hervor, wie man sie aus den durch öffentliche Gelder geschaffenen und erhaltenen Anlagen zu verbringen oder von denselben fernzuhalten sucht.

Wenn man neben dem Kurhaus vom Parkring aus den Stadtpark betritt, bemerkt man eine lange Sesselreihe, welche das ganze Blumenparterre vor dem Kurhaus einlädt und welche von der eleganten Gesellschaft besetzt ist, deren Mitglieder sich hier zusammenfinden, um die Vorübergehenden zu mustern. Daselbe Schauspiel wiederholt sich an allen hervorragenden Promenadenpunkten und angenehmen schattigen Plätzen nicht nur des Stadtparks, sondern in allen städtischen Anlagen, in denen es die Sesselvermieter der Würze wert finden, ihre Sessel aufzustellen, wie z. B. im Rathauspark, in den Dom-Anlagen bis herunter zum staubigen, menschenüberfüllten Escherhazygarten im sechsten Bezirk. Sesselvermieter? Jawohl, man höre und staune: diese Sessel werden dem Publikum nicht umsonst überlassen, sondern müssen bezahlt werden! Die Bänke, auf denen man

gratis sitzen darf, sind in so unzureichender Anzahl aufgestellt, daß auf ihnen meistens viel mehr Menschen sitzen als angemahnter Weise darauf Platz hätten. Liest da der Gedanke nicht nahe, daß nur darum so wenige Bänke in den städtischen Gärten aufgestellt werden, damit das „gemeine Volk“ sich daselbst nicht zu sehr ausbreite und der eleganten Gesellschaft den Aufenthalt verleiße?

Da uns doch erlaubt ist, an der Aufbringung der Kosten dieser schönen Gärten in so hervorragender Weise teilzunehmen, so müssen wir schon so unbedeckt sein, den Würdigen Gemeinderat von Wien zu ersuchen, die bezahlten Sitze in den öffentlichen Gärten abzuschaffen und durch unentgeltliche zu ersetzen. Wir verlangen es als unser Recht, uns in unserer Anlagen ohne weitere Steuerleistung ansehen und von des Tages Last und Mühe erholen zu können.

Und ihr, Arbeiter, seid nicht blöde! Schaut euch nicht eures schlechten Rock's und weicht den düstenden Gärten nicht so ängstlich aus, wenn auch einer Weg nach der Arbeit in deren Nähe führt. Ihr seid ja Mitbürgertümer, genießt also auch einen Teil an dem, was ihr so reichlich mit bezahlen müßt. Lädt euch auch durch die musterbenden Blicke der eleganten Dameu und Herren mit Zwicker und Monoske nicht einschütern, ihr wisst ja längst, welcher Art die Leistungen und Verdienste sind, durch die man in den Stand gesetzt wird, sich nach dem Modejournal zu kleiden und wie man sich zu verhalten hat, wenn man seine Kleider nicht räumen will.

Darum nochmals: berüchtet selbst fleißig die Gemeindengärten, schickt eure Frauen und Kinder hin und verlangt vom Gemeinderate für die Eltern — die jeder von euch mit dem Wohnungszins zahlt — auch energisch einer Recht: Ausgiebige Bespritzung der vorstädtischen Straßen und Gassen, tägliche Desinfektion der Naratzkälle noch bevor eine Epidemie zum Ausbruch kommt, Abfassung der bezahlten Sitzplätze in den städtischen Gärten und Anlagen und Ersetzung derselben durch unentgeltliche.

Feuilleton.

In den Hundstagen.

Die Hitze ist mörderisch. Wenn man in Wien zwischen 10 und 3 Uhr mittags auf der Straße zu tun hat, bekommt man einen Vorgeschmack vom höllischen Feuer. Die Sonnenstrahlen brennen von oben, die Hitze wird von den Mauern der Häuser und den Pflastersteinen zurückgeworfen und man kommt förmlich geröstet wieder in seiner Wohnung an. Wie furchterlich der Aufenthalt in einem Fabriklokal oder in einer engen Werkstatt ist, wo eine Anzahl Menschen in einem verhältnismäßig weiten Raum zusammengedrängt, schwere Arbeit verrichten, davon brauchen wir unsern Leibern nichts zu erzählen. Und was erwartet den vor Hitze und Körperfauertreibung totmüden Arbeiter, wenn er nach Feierabend sein Fegefeuer verläßt? Um diese Zeit sind die Straßen unserer Vorstädte bis einige Kloster über die höchsten Häuser in einen dichten Staubnebel eingehüllt, die Luft ist heiß und dick, fast „zum schneiden“, aus verschiedenen Kanallöchern strömt ein Gestank, der den Vorübergehenden einer Ohnmacht nahe bringt und nirgends ist mehr eine Spur davon wahrzunehmen, daß hier vor einigen Stunden ein vorstudflüchtiger „Ausspritzwagen“ mit dem alten Errungenschaften der Neuzeit hohesprechenden Wasserfass und dem durch Menschenhand in primitivster Weise hin- und hergeschwenkten Lederschlauch mit der daran befestigten Spritzrose seines Amtes gewaltet hat. Man glaubt in der Sahara zu sein und hält angstlich den Atem an, um nur nicht zu viel von dieser „Luft“ in seine Lungen zu bekommen.

Anderer gestaltet sich das Bild, wenn man seine Schritte der inneren Stadt zuwendet. Je näher man dem „Ring“ kommt, desto dünner, d. h. in unserm Falle reiner, und desto klarer wird die Luft. Auf der ganzen Ringstraße wird den ganzen Tag über unaufhörlich gesproht und, der Sonne kaum Zeit gelassen, die in reichlichster Fülle

das Kapital und der Besitz überhaupt Vorteil davon zogen.

Unter Intelligenz könnte man in diesem Falle doch nur eine auf wissenschaftliche Erkenntnis basirte Einsicht in die soziale und politische Gestaltung der modernen Gesellschaft verstehen; wo aber diese in den Kreisen der in Deutschland und Österreich-Ungarn herrschenden Massen zu finden sein soll, wissen wir nicht. Bringen doch selbst die meisten der parlamentarischen Vertreter und fast die gesamte Presse der privilegierten Klassen eine wahrhaft staunenswerte Unwissenheit in den ökonomischen Fragen, die unsere Zeit bewegen, und dort, wo vielleicht das Wissen — die „Intelligenz“ — nicht fehlt, sehen wir das Masseninteresse den Ton angeben. Die politische Herrschaft ist eben — man kann das nicht deutlich genug sagen — keine Sache der Intelligenz, sondern des Interesses, letzteres, nicht erstere entscheidet über die Richtung, welche dieselbe in ihrer geschiedenden Weichtheit nimmt. Darum bleibt die Herrschaft der „Intelligenz“ immer eine Fiese, während die des Besitzes eine handgreifliche Tatsache ist.

Von einer sehr oberflächlichen Beobachtung zeugt die Behauptung in dem Artikel der „Presse“, daß die konservativen Parteien ihre volkstümliche Basis in jenen Elementen gefunden haben, welche von den Verfassungsrechten ausgeschlossen waren, ferner, daß die soziale Revolution in die sozialen Tendenzen der konservativen Parteien abgelenkt werde. Dass die rechtslosen Klassen entschieden gegen den Scheinliberalismus Front machen, ist wahr, aber nur die politisch Ungerechtigkeitsfähigen unter ihnen leisten den konservativen hilfreiche Dienste. Die politische Bewegung unserer Tage, die in Tiefe und Verbreitung beständig zunimmt, sorgt aber selbst dafür, daß der großen Masse der Staat gestochen wird und in noch wirkamerer Weise wird dieses Resultat die Unfähigkeit der Konservativen, der sozialen Not abzuhelfen, beschleunigen.

Es ist deshalb auch nur augenblicklich richtig, daß die soziale Revolution durch die konservative Realization verbrängt wird, in Wirklichkeit ist aber gerade die letztere, je entschlossener sie durchdringt, um so gewisser die Vorläuferin der ersten. Nur dadurch, daß man die Konservativen verhindert, an die Verwirklichung ihrer letzten Pläne zu schreiten, kann man die soziale Revolution mit den sie notwendig begleitenden Schrecknissen vermeiden. Teilweise gibt dies die „Presse“ in jenem Artikel selbst zu, indem sie erklärt, daß der städtische Mittelstand die radikalen Fraktionen stärke, was natürlich um so gewisser von den Arbeitern gilt.

Wenn die „Presse“ am Schlüsse sagt, daß Kapital und Intelligenz im modernen Staat nicht gefährdet werden können, so ist das nur ein drastischer Beleg für die Unwissenheit des Verfassers. Der moderne Staat ist eben der Staat der Kapitalherrschaft, mit letzterer steht und fällt er. Es wäre daher einfach lächerlich, den modernen Staat aufrecht erhalten und die Kapitalherrschaft abschaffen zu wollen. Im modernen Staat wird daher das Kapital allerdings nicht gefährdet werden können — wir meinen selbstverständlich das *P r i v a t - K a p i t a l* — wie aber, wenn der moderne Staat selbst durch einen andern ersezt wird? Diesen Fall scheint der Autor übersehen zu haben; oder sollte ihm der moderne Staat so ans Herz gewachsen sein, daß er sich den Untergang desselben gar nicht vorstellen kann?

Dass die „Presse“ zur Einsicht gekommen ist, die privilegierten Klassen müßten sich dazu bequemen, mit dem arbeitenden Volke Herrschaft und Gestaltung zu teilen, ist zwar ein Beweis von wachsender Erkenntnis in deutschliberalen Kreisen, wir sind aber nicht so naiv, daran zu glauben, daß die Herren ohne zwingende Notwendigkeit jemals damit Ernst machen werden. Darum werden wir fortfahren, die Massen zu organisieren, um, wenn es Zeit sein wird, auch ohne die gnädige Mithilfe jener privilegierten Volksführer dem arbeitenden Volke zu seinem Rechte zu verhelfen.

Arbeiterverhältnisse in Russland.

Unsere liberale Presse hat wohl kaum genug, um die „Grauelstaten“ der russischen Revolutionäre in den schwarzesten Farben zu malen und das Universalheilmittel einer „Verfassung“ für Russland nach Art befaulter „Geschäfteleute“ anzupreisen, aber dazu fehlt ihr die Liebe zum Volke, das Mitleid mit seinem Elend, um die sozialen Zustände wahrheitsgetreu zu schildern, aus welchen die revolutionäre Propaganda hervorgegangen ist und hervorwachsen mußte.

Wenn es nicht das Kapital wäre, das auch dort an Menschenopfern sich weide, dann vielleicht würden es unsere liberalen Journalisten nicht unzweckmäßig finden, darüber einige Worte zu verlieren; aber die internationale Interessen des Kapitals lassen es nicht zu, den Schleier auch nur an einer Stelle von den Jammerzweien hinwegzuheben, deren Opfer die Arbeiter sind. Heute wollen wir ein Bild von dem Schauspielder kapitalistischen Tätigkeit in Russland zeichnen, das, so mangelhaft es sein mag — es röhrt von gegnerischer Seite her — doch einen kurzen Blick auf das elende Dasein der arbeitenden Klassen gestattet.

Einiges Material liefert uns dazu die „Petersburger Zeitung“ in einer Artikelserie über die Sozialitätsverhältnisse der Fabrikarbeiter in Russland. Dort heißt es unter Anderem:

„Eingehender wollen wir die Bündholzfabriken betrachten, da wir in der Brühnschen Arbeit Material haben, Vergleiche anzustellen, wie es in anderen Gouvernements aussieht.“

Bündholzfabriken gibt es im Klinischen Kreise drei mit 150 Arbeitern. Um traurigsten sieht es in den zwei Fabriken von Sacharow aus, dessen Fabrikate auch bei uns vielfach im Gebrauche, und so Mancher, der wol-

auch ein Wort zur Verbesserung der Lage unserer Fabrikarbeiter fallen lassen kann, zündet sich ruhig seine Zigarette an, ohne zu ahnen, in welch schaurigen Lage die Leute sind, die uns die Bequemlichkeit herstellen, nicht mehr, wie vor 40 Jahren, unsere Wohnung mit den „Schwefelholzern“, im wahren Sinne des Wortes, zu verpesten. Beim Betreten der Fabrik fällt sofort das bleiche, elende Aussehen der Arbeiter auf. Durchwegs wird der schädliche gelbe Fosfor benutzt, dessen Benutzung in der Schweiz z. B. geleglich verboten ist.

Schuhmästregeln existiren nicht, sie würden auch bei den gegenwärtigen Verhältnissen, wo auch alle Arbeiter, die mit dem Fosfor nichts zu tun haben, wie z. B. die Kinder, welche die Schachteln anfertigen, in ein und denselben Räumen arbeiten, von wenig Nutzen sein. Es sind nicht einmal Klappfenster angebracht, und mit Recht führt unser Gewährsmann an, wie arg die Luft vergiftet sein muß, wenn schon unsere wärmeliebenden Russen mehrfach des Tages über die Türen weit öffnen, um frischend atmen zu können. Die Arbeitszeit beträgt 15 Stunden, und nicht selten kommt es vor, daß die Arbeiter in den Werkstätten ihre Schlafstätte aufzulagern. Bei diesen Verhältnissen ist es schrecklich, zu denken, daß fast sechzig Prozent Naerwachse unter den Arbeitern sind und für jeden derselben nicht einmal ein Kubikfuß Luft in den Arbeitsräumen vorhanden ist.

Einmal besser sieht es in der Fabrik von Strom aus, doch auch da sind die Räume für schädliche Arbeit nicht genügend abgezondert.

Dieses sind die Verhältnisse im Moskau'schen Gouvernement; wie sieht es nun in den anderen aus? Brühns gibt uns noch die Mitteilungen aus den Nowgorod'schen und Krasan'schen Gouvernements.

Die Bündholzfabriken des Krasan'schen Gouvernements sind von Dr. Wondalowski beschrieben („Socrowje“, 1880, Nr. 34 bis 36). Sie liegen in zwei Kreisen, dem Saraiskischen (4) und im Jegorjewschen (64). Meist sind es kleine Werkstätten in durch häufige Feuerschäden defekten Holzhäusern an dem Ende der Dörfer, doch hat gewöhnlich das ganze Dorf unter den Dürsten zu leiden. In zehn Fabriken wird Alles in einem Zimmer gearbeitet, in vierzig seit jegliche Ventilation und ist die Luft derartig, daß ein Fremder es kaum zehn bis fünfzehn Minuten darin aushalten kann. Wie wenig Vorsichtsmaßregeln vorhanden, geht daraus hervor, daß durchschnittlich von hundert Schachteln — zwei verbrennen, und es sind nicht einmal Wasserlöffel vorhanden, um die sich entzündenden Schachteln zu lösen. Beschäftigt werden in diesen Fabriken zirka achthundert Arbeiter, von denen die meisten an kronischer Fosforvergiftung leiden und soll man schon auf der Straße die Bündholzarbeiter an ihrem stumpfen, blöden Gesichtsausdruck erkennen können.

Die Nowgorod'schen Fabriken sind zweimal beschrieben worden, 1871 vom Nowgorod'schen Medizinalinspektor Dr. Filipoff und im vergangenen Jahre von einem Unenannten im „Slowo“. Dieselben sind in ähnlichem Zustande wie die Krasaner. Keine Ventilation und enge Räume. Wird die Luft unträglich, so werden die Türen und die Fenster etwas geöffnet. Die Temperatur beträgt in den Arbeitsräumen 16 bis 25 Grad, im Trockenzimmer sogar dreißig Grad Raumtemperatur. Die Kleider der Arbeiter, die sie auch Nachts nicht abzulegen pflegen, sind so durchdrungen von Fosfordämpfen, daß sie im Dunkeln leuchten. Meist ist bei den Werkstätten kein Wasser vorhanden, so daß die Arbeiter ihren Bedarf an Trinkwasser vom Hause mitbringen müssen.

Dr. Filipoff untersuchte 384 Arbeiter, von denen 58,6 Prozent jünger als 15 Jahre waren und legte seinen Befragungen darüber einen Bericht vor, dem er einen ausführlichen Vorschlag über die notwendigerweise einzuführenden Regeln zur Sicherstellung der Gesundheit der Arbeiter hinzufügte. Neun Jahre waren vergangen, als der anonyme Autor des Aufsatzes im „Slowo“ die von Filipoff beschriebenen Gegebenen wieder besuchte.

Die Zahl der Werkstätten war von zehn auf vierzehn gestiegen, doch die Verhältnisse hatten keine Veränderung zum Vorteile aufzuweisen. Keine einzige der vorgeschlagenen Maßregeln ist zur Anwendung gelangt. Die Arbeit dauert 14 bis 16, ja zuweilen bis 18 Stunden. Die Zahl der arbeitenden Kinder hat zugenommen, ja sogar schon fünfjährige findet man in den giftigen Arbeitsräumen. Staub, erstickende Luft, schrecklich gehaltene Retiraden — das war noch 1880 vorhanden, und zwar in Dörfern, wo die ganze heranwachsende Jugend sich der Bündholzarbeit widmet. Wie wird es da mit der Zukunft werden!“

Politische Übersicht.

Wie die Tagesblätter mitteilen, beabsichtigt die Regierung den Landtagen eine Vorlage auf Beschränkung der Freiheitsharkeit des Grund und Bodens zu unterbreiten. Bekanntlich ist einer der Hauptprogrammpunkte der klerikalen Partei, die dadurch, ohne ihre eigenen Klasseninteressen zu schädigen, sich die Sympathie der Bauern erhalten will. Sobald die Bauern die Machtlosigkeit dieser Maßregel im Kampfe gegen den Großgrundbesitz erkannt haben werden, was nicht lange dauern wird, werden auch die Klerikalen ihre Rolle ausgespielt haben. In diesem Sinne kann es uns recht sein, wenn sich unsere Gegner beeilen, sich selbst abzutun, aber wir bedauern, daß die Landbevölkerung sich durch derartige Maßregeln nach dem Grundsatz: wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht wasch' beschwichtigen und zu Werkzeugen der herrschenden Klassen gebrauchen läßt. Hier tut Ausklärung dringend not.

An die Stelle des „liberalen“ Bossi-Fedrigotti wurde der in der Wolle gefärbte Klerikale Dr. Möpp zum Landeshauptmann von Tirol ernannt. Darüber

natürlich Wehlagen der deutschliberalen Presse, in welches die Füller pflichtschuldig einstimmen. Und doch hat die Regierung in diesem Falle nur den von den „Liberalen“ hochgehaltenen konstitutionellen Theorie Genüge geleistet. Da die Majorität des tirolischen Landtages liberal ist, der Landeshauptmann aber nach konstitutioneller Gesetzmäßigkeit der Landtagsmajorität euronommen werden soll, ist es selbstverständlich, daß er der klerikalen Partei angehören muß. Aber die Deutschliberalen waren es von jeher gewohnt, daß die Rechte der Majoritäten mit Füßen zu treten und wo es möglich war, künftliche Majoritäten zu schaffen, daß es nicht Wunder nehmen darf, sie wehlagen zu hören, wenn einmal die „liberale“ Theorie zu ihrem Schaden angewendet wird. Das Wehlagen der „liberalen“ Blätter ist aber geradezu eine Heuchelei zu nennen in einem Falle, wie dem vorliegenden, weil es bekannt ist, daß den verschossenen Landeshauptmann Bossi-Fedrigotti sein „Liberalismus“ nicht hinderte, bei allen Prozessionen hinter dem „Himmel“ zu gehen und jeden Sonn- und Feiertag stundenlang in der Jesuitenkirche zuzubringen und die Jesuiten in allen Dingen zu protegieren. So sehen die „Märtyrer“ des „Liberalismus“ in Österreich aus, für welche das Volk die Kastanien aus dem Feuer holen soll.

Die „Nordd. Allg. Blg.“, das Organ Bismarck's, veröffentlichte kurz nacheinander zwei Drohbriefe an den Fürsten Bismarck, welche von Hamburg und Frankfurt a. M. an den deutschen Reichskanzler gesandt worden waren und von denen einer mit Ausschnitten aus fortschrittlichen Blättern begleitet war. Der aus Hamburg eingelangte Drohbrief lautet wörtlich:

„Se. Durchlaucht dem Reichskanzler Fürsten Otto von Bismarck!“

O großer eiserner, respektive einfältiger Reichskanzler! was hört und liest man bloss von Dir. Nichts als Lächerliches. Glabst Du etwa, daß Du Deiner gefallten Strafe entgehen kannst? Mein! Mein! Was wir Dir einst zugeschworen, wird für Dich sicher in Erfüllung gehen, und wenn Du den Polizeiring um das zehnfache vermehrst, der Dich etwa schützen soll vor dem Bestrafter Deiner verübten Tirannie. Wie es bei Dir in Lessingen aussieht, wissen wir ganz gut. Traurig genug, daß Du es so weit gebracht hast mit Deiner elenden Tyrannenpolitik, daß Du jetzt nicht einmal Deines Lebens sicher bist. Weife nur immer fleißig Menschen aus Deutschland. Desto eher launst Du Dich mit dem Todengräber bekannt machen. So wie damals die Würfel für uns fielen, so sind diese auch schon für Dich gefallen, d. h. vorläufig die kleinen, bis Dich der große Würfel für immer und ewig trifft. Deinen Sohn Wilhelm mit seinen bisherigen maskierten und lächerlichen Redensarten werden wir auch bald was zuschütten, wenn er nicht aufhört zu willen.“

Die Bismarckbrut muss ausgerottet werden.

D. E. R.“

In dem zweiten Drohbriefe wird erklärt, daß sich dreizehn Männer vereinigt hätten, um den Fürsten Bismarck zu ermorden. Die „Nordd. Allg. Blg.“ macht für diese Briefe die deutsche Fortschrittspartei verantwortlich. Wir wissen nicht, ob diese Briefe echt sind, d. h. wirklich von unbekannter Seite an den Reichskanzler gerichtet wurden oder ob sie bestellt sind, was seit den napoleonischen Attentatsfindungen nichts Neues mehr unter der Sonne wäre; aber das eine können wir wol annehmen, daß crasthafte Attentäter nicht vorher brießlich ihre Tat ankündigen. Man kann also gestroßt, ob so oder so, die Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Blg.“ als ein sehr unsauberes Wahlmanöver auffassen, ganz nach dem Muster, wie das Hullmann-Attentat gegen die Ultramontänen und die Attentate Hödel's und Nobiling's gegen die Sozialisten ausgebeutet wurden. Mit der verleumdeten Fortschrittspartei vermag man aber kein Mitleid zu empfinden, wenn man sich erinnert, wie erbärmlich jene Herren seit der Attentats-Aera gegen die mundtot gemachten Sozialisten verfahren sind.

Zu die Deputirtenkammer des dänischen Reichstages — das Folketing — haben, nachdem dasselbe wegen seiner Widerspenstigkeit gegen die absolutistischen Gelüste des Ministeriums zum zweiten Male in diesem Jahre ausgelöst worden war, die Neuwalen stattgefunden und ergaben einen Zuspruch von sechs Sitzen für die Opposition. Die stärkste Fraktion ist gegenwärtig die radikale, während dies früher die konservativen waren.

Ein Mitglied der russischen revolutionären Partei, namens Waldemar Grünberg, wurde in Belgien zusammen mit einer Begleiterin, mit der er aus Genf eingetroffen war, verhaftet. Die liberalen Blätter behaupten, daß er bestraft gewesen sei, ein Attentat auf den Baron Alexander III. aufzuführen, daß er aber, um sich diesem Auftrage zu entziehen, nach Belgrad gereist, jedoch von der nihilistischen Partei nicht außer Acht gelassen worden sei, die ihm die mitverhaftete Begleiterin als Agentin mitgegeben habe. Es sei ein willensloses Werkzeug derselben geworden. Seine Gemahlin, eine Fürstin Galizin, habe ihm vergeblich von der revolutionären Tätigkeit abgeraten. Auch habe, berichten dieselben sensationsstarken Blätter, die Polizei Briefe bei ihm vorgefunden, welche beweisen, daß die deutschen Sozialisten ein „neues“ Attentat gegen den alten Wilhelm vorhaben. Daß daran natürlich wieder das Meiste erfolgen ist, ist selbstverständlich.

In Bulgarien beabsichtigt der nun absolut regierende Fürst die Wiedereinführung der Zensur und die Einführung von Haushalten in der Höhe von 7000 Francs für politische Journale. Vielleicht findet der Fürst, daß das objektive Verfahren nach österreichischem Muster dieselben Dienste leistet, wie die Zensur.

Die Wahlen in die französische Kammer sind auf den 21. August festgesetzt. — Gambetta hielt am 4. August in Toulon eine Rede, in welcher er als Programm die Reform des Senates, das Eisenstrutinum, die vollständige Unentgeldlichkeit des Volkschulunterrichtes und volle Vereinsfreiheit aussetzte. Man sieht, daß Gambetta von Jahr zu Jahr mit seinen Forderungen beachtender wird, und doch ist kaum anzunehmen, daß selbst dieses reduzierte Programm ernst gemeint ist. Vieles davon ist offenbar nur für die leichtgläubigen Arbeiter berechnet. — Zur Karakteristik der gegenwärtigen Republik in Frankreich ist erwähnenswert, daß der französische Minister des Außen, Barthélémy Saint-Hilaire eine Art schwatzes Kabaret eingerichtet hat, in welchem die auswärtigen Zeitungen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Wenn eine derselben einen für die jewige Regierung nachteiligen Artikel enthält, so werden alle auf der Post vorhandenen Exemplare unterschlagen. —

Am 23. Juli fand auf dem Friedhof von Levallois-Perret die Exhumierung der Gebeine Théophile Ferré's, der durch seine Kaltblütigkeit vor dem Versailler Kriegsgericht und sein heldenmütiges Sterben auf dem Felde von Satory die Bewunderung selbst seiner Feinde erregt hatte, statt. Ferré's Mutter war einen Monat nach seiner Verhaftung gestorben und Ferré hatte außer seinem revolutionären und materialistischen Testamente noch den letzten Wunsch ausgesprochen, seine Gebeine möchten dereinst mit denen seiner Mutter vereinigt werden. Seine energische Schwester Marie hat diesen Wunsch in Erfüllung gebracht und an dem genannten Tage wurden die sterblichen Überreste der Mutter Ferré's, welche auf dem Friedhof von Ivry begraben gewesen war, nach dem oben genannten Friedhof gebracht und mit den Gebeinen ihres Sohnes in einem Grabe neuverdigt. Der Sohn wohnte eine große Anzahl von Freunden und politischen Glaubensgenossen Ferré's bei. Ein Kampf von 1871 hatte die Hölle einer roten Fahne aus dem Kampfe gerettet und mitgebracht. In diese hatte man die Überreste Ferré's, bevor man sie in den neuen eichenen Sarg legte, eingehüllt. Er ruht nun auf der Fahne, für die er gestorben ist. Das Grabmal ist sehr einfach und trägt als Inschrift nur die Worte:

M. Ferré, Juillet 1871

Th. Ferré, 28. November 1881.

Balreiche Sträuße von natürlichen Blumen wurden auf das Grab gelegt. Reden wurden nicht gehalten.

Die Liverpooler Polizei konfiszierte an Bord zweier von New-York angekommenen Dampfer zwölf mit Dinamit gefüllte und mit sechsstündigen Uhrwerken versehene Höllenmaschinen, welche in Fässern mit Zement versteckt waren. Allem Anschein nach röhren die Höllenmaschinen von den Fenixen her; die in England und Amerika eingeleitete Untersuchung hat jedoch darüber bis jetzt nichts sicheres ergeben. — Die irische Landbill wurde vom englischen Unterhause endgültig angenommen, das Oberhaus jedoch hat bereits mehrere von der Regierung verworfene wesentliche Verschlechterungen derselben angenommen. Es ist daher noch immer ungewiß, in welcher Gestalt und ob überhaupt die Landbill in nächster Zeit Gesetzeskraft erlangt.

Wille Juli tagte in London der internationale sozialrevolutionäre Kongress, an dem 45 Delegierte mit 80 Mandaten teilnahmen. Auch Deutschland und Österreich-Ungarn waren vertreten. Über die Beschlüsse des Kongresses liegen uns keine genauen Berichte vor und ein noch größeres Hindernis für die Mündung der Beschlüsse bildet unsere latschau bekannte und „gewürdigte“ Pressefreiheit. Mehrere Londoner Blätter berichten zwar, daß die englische Regierung bemüht sei, die Namen einer Anzahl von Teilnehmern am Kongress zu erfahren, und daß sie bräuchte, gegen dieselben eine gerichtliche Verfolgung einzuleiten, doch ist noch keine autentische Bestätigung dieser Nachricht erfolgt. — Am 3. August verjügte der ateistische Abgeordnete Bradlaugh trotz des Parlamentsbeschlusses, welcher ihn zur Ablegung des vorgeschriebenen Parlamentseides und daher für sein Mandat unfähig erklärt, den Eintritt in den Parlamentsaal zu erzwingen; er wurde jedoch von der Polizei mit Gewalt daran verhindert. Eine große Anzahl seiner Wähler aus Northampton, die eigens nach London gereist waren, um für ihren Vertreter zu demonstrieren, führten ihn jubelnd nach Hause. Gladstone verurteilte zwar in einer Rede den Parlamentsbeschluß, durch den Bradlaugh am Eintrete verhindert wird, aber statt entschieden für die Anerkennung des lutherischen Gesetzes einzutreten, billigte er noch am Schlusse das Vorgehen der Polizei gegen Bradlaugh. Natürlich ist damit die Sache noch nicht zu Ende; Gladstone selbst hat ja bereits vor längerer Zeit eine Bill, betreffend der Abschaffung des Parlamentseides, eingebracht, die wol in der nächsten Session zur Annahme gelangen dürfte.

In Großbritannien betrug die Zahl der Unfälle in den Kohlenbergwerken in der Periode von 1859—78, also innerhalb zwanzig Jahren, 16.531. Bei denselben kamen 21.390 Menschen ihr Leben ein, also jährlich durchschnittlich mehr wie tausend. Von den 117.383 Mitgliedern von sechs Knapphafskassen wurden im Jahre 1878 nicht weniger als 60.721 bei Unfällen verletzt. Der größte dieser Vereine, der von Northumberland und Durham, der 1878 79.000 Mitglieder zählte, hat in den sechs Jahren von 1873—78 nicht weniger als 52.000 infolge von Unfällen für längere oder kürzere Zeit arbeitsunfähig gewordene Mitglieder zu unterstüzen gehabt. Jeder Bergmann trifft also innerhalb sechs Jahren ein Unfall.

Die Sultansmörder wurden vom Sultan zu lebenslanger Haft in Taif, einer unwirtlichen Gegend in Arabien, „begnadigt“. Ganz nach Zarenmanier.

Aus Parteidreisen.

Unsere in der Strafanstalt Stein gesangen gehaltenen Genossen Walecka und Schneider wurden vorigen Monat von zwei Wiener Genossen betrachtet. Walecka befindet sich Körperlich gern, so wol man sich im Gefängnis eben befunden kann und sieht gut aus, nur ist er etwas bleich, was durch die kurze Zeit (gleich bloß eine Stunde), die den Gefangenen zum Spazieren gehen eingeräumt ist, seine Erklärung findet. Durch die Wahl der Einzelheit führen sich unsere beiden Genossen ihre Leidenszeit in ein Drittel ab, so daß Walecka (zu vier Jahren verurteilt) im ungünstigsten Falle 2 Jahre 8 Monate im Kerker bleiben wird, Schneider aber (zu 18 Monaten verurteilt) schon den 25. d. M. nach überstandener proklamatorischer Strafzeit, die Untersuchungszeit nicht eingerechnet, die Strafanstalt verlassen wird. Die Beschäftigung unserer Genossen besteht zum größten Teil im Mischen von Briefpapiertüpfen und Schreibzettel, außerdem ist es ihnen aber auch gestattet, Studien zu treiben, — soweit sie eben der Herr Direktor der Gefangenen für zulässig hält. John Stuart Mill's „Grundläge der politischen Ökonomie“, v. B. welche Walecka auf seinen Wunsch hinangeführt worden waren, würden ihm nicht ausgefolgt, da dieses Buch nach Anordnung des Herrn Directors, der es sehr genau zu kennen scheint, „den Kopf zu sehr verzweigen“. — Einige Bestimmungen der Strafhausbildung werden von unseren Freunden besonders schwer empfunden. Diese sind: erstens das Verbot des Tabakrauchs, zweitens die kurze Dauer des täglichen Spaziergangs im Gefängnishof und endlich die harten Bestimmungen über die den Gefangenen zu empfangenden Besuchszettel und den brieflichen Verkehr mit ihren Angehörigen. Sie dürfen nämlich im ersten Drittel ihrer Strafzeit nur alle zwei Monate einen Brief empfangen oder absenden, im zweiten Drittel alle sechs Wochen und im letzten Drittel jeden Monat. Von den Besuchszetteln gilt dasselbe. Walecka darf z. B. bis zum März 1882 nur alle zwei Monate Besuch empfangen, einen Brief schreiben und einen solchen empfangen. In dieser Beziehung sind die politischen Gefangenen in anderen Ländern (Ausland natürlich ausgenommen) besser dran. Wir wollen z. B. den Weber und Liebknecht während ihrer „Strafzeit“ in Hubertusburg die Besucher ihrer nächsten Verwandten jederzeit empfangen durften und daß ihnen im Briefschreiben und empfangen nicht die geringste Beschränkung auferlegt war. In Frankreich empfangen die politischen Gefangenen Besuch von aller Welt und zwar in ihrem Zimmer und allein, d. h. ohne Beaufsichtigung eines Beamten und Kerkermasters. — Walecka und Schneider senden an alle ihre Freunde die herzlichsten Grüße.

Am 24. Juli fand in Villach in Tammom's Hotel eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung über die achtjährige Schulpolitik und den Lienbacherischen Antrag statt. Genosse Käfer-Reinhart referierte. Nachdem noch die Genossen Böhrböck und Klagenfurt und Breitach über die Tagessordnung gesprochen hatten, wurde die von Genosse Käfer beantragte Resolution: die Versammlung spreche die Erwartung aus, daß das Herrenhaus den gegenwärtigen Antrag Lienbachers auf Reduzierung der Schulzeit ablehnen werde, wie den vorangegangenen — einstimmig angenommen.

Am 28. Juli fand in Klagenfurt über denselben Gegenstand eine Volksversammlung unter dem Vorzeige des Genossen Prinz statt, in welcher ebenfalls Genosse Käfer aus Graz referierte. Dieselbe Resolution wurde auch hier einstimmig angenommen.

Am 16. Juli wurde Genosse Rudolf Hartl in Graz aus der Tuchfabrik des Herrn Rathleitner ebendort entlassen. Der Fabrikant motivierte diesen Schritt damit, daß er wegen des Genossen Hartl zur Polizei vorgeladen worden sei und dort habe Auskunft geben müssen, mit wem der selbe verkehrt und was er treibt. Jemand andern gegenüber erklärte er, bei der Polizei sei ihm gefolgt worden, er möge Hartl entlassen, solche Leute müßten gebaut werden. Infolge dessen wandte sich Hartl an die Polizeidirektion mit der Anfrage, ob es wahr sei, daß Herr Rathleitner seinem Vorgesetzten zur Polizei vorgeladen sei und warum. Niemand wollte jedoch davon etwas wissen; Hartl mußte nicht weniger als dreimal auf die Polizei gehen, um von den verschiedenen Kommissären zu erfahren, daß sie nichts davon wüssten. Gulejt erhielt er die Auskunft, daß Herr Rathleitner wol vorgeladen worden sei, jedoch nicht leinwegen. Eine Bemerkung hierzu hatten wir unter den gegenwärtigen Preßverhältnissen für ungemeinig, unsere Leser dürften sich dieselbe auch in Gedanken ergänzen können. Nicht un interessant ist es, daß Herr Rathleitner in dem dem Genossen Hartl ausgeteilten Begriff als Grund der Entlassung die Reparatur des Dampfkessels angab, obwohl letzter erst eine Woche nach der Rüstung beschädigt wurde. Herr Rathleitner befürchtete dann die profetische Sage, Unfälle in seiner Fabrik schon vorher zu wissen und es ist nur zu verwundern, daß er dann denselben nicht auch vorzubringen weiß.

Am 21. Juli fand im Hornholzer Brauhaus eine Versammlung von mehr als 800 Steirern und Matriern statt, in welcher eine von Matzner beantragte Resolution angenommen wurde, die besagt, daß nur durch gäuliche Abwendung der Renten die herrschenden Nebestände bei den Bauten beseitigt werden können.

Zu der Friedlichen Katholikat im siebten Bezirk, Bieglergasse, in Wien haben am 2. August 35 Gehilfen wegen Revision der Wände die Arbeit eingesetzt.

Das Wiener Landesgericht hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des im Heft Nr. I der „Sammlung von sozialpolitischen ökonometrischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen“, Verlag von Emil Käfer in Graz, enthaltenen Auflasses mit der Aufschrift „Was ist ein Arbeiter“ in den Stellen von „Hilfe die Idee ist“ bis „gestaltete Wille“, dann von „die christliche Religion“ bis „zu verbreiten sucht“, dann von „Kirche und Staat“ bis „beraubt werden“ und von „Wir sehen den Christen“ bis „heute nichts ist“ das Vergehen nach §. 302 St. G. begründet, sowie, daß der Inhalt des in Heft Nr. 2 derselben Zeitschrift enthaltenen Auflasses mit der Aufschrift „Die neue Generation erhebt nun und die Arbeiter“ in den Stellen von „das Aussätzige vergrößert jedoch“ bis „gelöst werden war“, dann von „In diesem Paragraf“ bis „Beliebung erkennt“, dann von „die Vorstufe des Art. 8“ bis „stark genug ist durchzuführen“, dann von „eine für die Arbeiter bis Arbeiterschranklichkeit“ und „Es wird wohl nichts anderes übrig bleiben“ bis „Dr. Schäffle ausgenommen“ das Vergehen nach §. 300 St. G. beglebt; und daß der Inhalt dieses in Nr. 2 dieser Zeitschrift enthaltenen Auflasses in den Stellen von „So ist diese Kathedrale“ bis „wirksam zu fordern“ und von „Was die Bestimmungen“ bis „solches Gesetz bestehen“ das Vergehen nach Art. III. des Gesetzes vom 17. Dez. 1862 begründet und es wurde nach §. 309 St. P. D. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Zeitschrift ausgesprochen. Gleichzeitig wurden die für die Wiener Abounaten bestimmten Exemplare im Administrationslokal der „Zukunft“ mit Beschlag belegt und deren Vernichtung angeordnet.

Das Reichsgericht hat nach der am 11. Juli gepröfeten öffentlichen Verhandlung, bei welcher gegenwärtig waren als Vorsteher der Präsidient des I. k. Reichsgerichts, Dr. Josef Unger, als Stellvertreter Fürst Konstantin Tschauder, Dr. Wolf Eymar, Dr. Anton Freiherr v. Ghe-Blunk, Ladislaus Freiherr v. Merli, Peregrin Ritter v. Burschlo, Dr. Anton Randa, Dr. Franz From, Dr. Josef Stöger, Dr. Josef Suppan, als Schriftführer Dr. Eduard Rauziani über die von den Herren Matthias Kulmer als ehemaligen Präsidienten, Franz Rabell als derzeitigen Schriftführers des ersten steiermärkischen Arbeiterbundes in Graz, und zwar des Erstgenannten im eigenen Namen, der beiden letzteren auch im Namen des eben genannten Arbeiterbundes, vertreten durch den Advokaten, Herrn Dr. Sigismund Wolf-Eppinger, bei dem Reichsgerichte sub. præ. 10. Mai 1881, §. 85 St. G., eingebrachte Beschwerde wegen Verletzung eines politischen, durch die Verfassung gewährleisteten Rechtes und die darin gestellte Bitte um ein Erkenntnis des Reichsgerichts, daß durch die Verfügung der Polizeidirektion von Graz vom 14. Jänner 1881, §. 64, den steiermärkischen Stathaltereiern vom 5. Februar 1881, §. 319 und durch die mittelst Intimation der genannten Polizeidirektion vom 26. April 1881, §. 736, intimierte Entscheidung des I. k. Ministeriums des Innern, durch welche die von dem ersten genannten Beschwerdeführer Namens des ersten steiermärkischen Arbeiterbundes am 17. Jänner 1881 in Graz zu veranstalten beabsichtigte Volksversammlung verboten worden ist, eine Verletzung des im Art. 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 142 St. G. Bl., gewährleisteten Versammlungsrechtes statliges gefunden — nach Anhörung des Herrn Dr. Sigismund Wolf-Eppinger in Vertretung der Beschwerdeführer und des Herrn I. k. Ministerialsekretärs Dr. Josef Saller als Vertreter des Ministeriums des Innern zu Recht erkannt:

„Durch die Verfügungen der Polizeidirektion von Graz vom 14. Jänner 1881, §. 64, der steiermärkischen Stathalterei vom 5. Februar 1881, §. 319 und des Ministeriums des Innern vom 19. April 1881, §. 1357, womit die von dem ersten steiermärkischen Arbeiterbund für den 17. Jänner 1881 in Graz angezeigte Volksversammlung untersagt worden ist, hat eine Verletzung des politischen, durch die Verfassung gewährleisteten Versammlungsrechtes der Beschwerdeführer nicht stattgefunden.“

Grüne.

Das I. k. Reichsgericht hat bei Beschwerden über behauptete Verletzung des Vereins- oder Versammlungsrechtes, welche durch Untersagung der Bildung eines Vereins oder der Abhaltung einer Volksversammlung aus dem Grunde der Staatsgefährlichkeit und bezüglichlich der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des öffentlichen Woles geschehen sein sollen, immerfort daran festgehalten, daß derlei, von dem administrativen Behörden verfügte Untersagungen von dem Reichsgericht nur dann als gleichlich gerechtfertigt angesehen werden können, wenn dem Reichsgericht der Nachweis geliefert wird, daß den eingeführten Sicherheitsbehörden solche tatsächliche Verhältnisse oder Vorwürfe vorliegen, woraus dieselben mit Grund die Behörden ableiten könnten, daß der zu bildende Verein oder die abzuhaltende Volksversammlung eine Staatsgefährlichkeit oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des öffentlichen Woles nach sich ziehen könnte.

Ein solcher Nachweis ist nun betreffs des vorliegenden Falles von Seite des Herrn Regierungsvertreters bei der militärischen Verhandlung vor dem Reichsgericht wirklich erbracht worden, indem durch die von demselben produzierten, teilweise bei der Verhandlung abgelesenen und bei dem Reichsgericht eingelagerten Amtsberichte verschiedener Behörden und Sicherheitsorgane dargetan worden ist, daß in den nächstvorangegangenen Jahren an verschiedenen Orten Steiermarks von dem heute als Beschwerdeführer auftretenden ersten steiermärkischen Arbeiterbund Volksversammlungen abgehalten worden sind, in welchen durch aufreizende Reden gegen einzelne Klasse und Stände der bürgerlichen Gesellschaft auf Bildung von Assoziationen zwischen den Bauernvereinen und der Landbevölkerung überhaupt mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hingewirkt worden ist und daß insbesondere bei der von eben diesem Vereine am 26. Dezember 1880 zu Andritz bei Graz abgehaltenen Volksversammlung von mehreren Rednern die Notwendigkeit betont worden ist, einen unzufriedenen Bauernstand zu erzeugen, weil ein solcher der beste Bundesgenosse der sozialen Partei sei.

Da nun für die, den Gegenstand der vorliegenden Falles von Seite des Herrn Regierungsvertreters bei der militärischen Verhandlung vor dem Reichsgericht ausgeschriebene Volksversammlung in die Pantigauer Bierhalle in Graz als zweiter Punkt der Tagessordnung „die Versprechnung und Beschlussfassung über die gegenwärtige Bauernbewegung und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber“ festgestellt war, so lagern für die Sicherheitsbehörden im Zusammenhalte mit den oberwähnten, vorangegangenen Vorwürfen und im Hinblick auf die zu jener Zeit in weitesten Kreisen bestandenen und hochgehenden Bauernbewegungen allerdings ausreichende Gründe vor, um in der Aufführung der Volksversammlung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Woles besorgen zu können und sohin auf Grund des §. 6 des Versammlungsgesetzes dieselbe zu untersagen.

Die vorliegende Beschwerde konnte daher nicht als gesetzlich begründet anerkannt, sondern mußte zurückgewiesen werden.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Montag den 25. Juli, 7/8 Uhr abends, fand die Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stuhlarbeiter und Arbeitertunen Wiens in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flöte“, Neufünfhaus, Untergasse 6, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichtsbericht. 2. Wahl des Ausschusses und der Revisoren. 3. Die internationale Arbeitsgesetzgebung. 4. Anträge und Anfragen. Vorleser: Ignaz Linsmeier.

Nachdem das Protokoll von der am 11. Juni stattgefundenen Monatsversammlung verlesen und angenommen wurde, berichtete Franz Michael als Kassier über folgende Einnahmen und Ausgaben vom 1. Jänner 1881 bis Ende Juni 1881: Einnahmen kommt Saldo vom September 1880 404 fl. 71 kr., Ausgaben vom 1. Jänner bis Ende Juni 1881 283 fl. 64 kr., verbleibt Saldo für Monat Juli 121 fl. 07 kr. In der Manufakturarbeiter-Association befinden sich 200 fl. in der niederösterreichischen Sparkasse Nr. 1.

Schrenk berichtet, daß die Zeichenschule Sonntag den 26. Juni geschlossen wurde, jedoch im Monat September wieder eröffnet wird. Es mögen dann die Mitglieder sich in ihrem eigenen Interesse sehr zahlreich daran beteiligen.

Genosse Dvořák im Namen der Kontrolle und Genossen Mach im Namen der Revisorin konstatieren die Richtigkeit der Rechnung und wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Sobald wurde zur Wahl des Ausschusses geschritten. Es wurden gewählt als Obmann des Vereines Ludwig Josef König, als erster Obmann-Stellvertreter Franz Schüttel, als zweiter Obmann-Stellvertreter August Soinhofer, als zweiter Schriftführer Franz Thiel; als Ausschussmitglieder: Franz Bubenik, Franz Damrosch, Heinrich Giglhofer, Joh. Baldner, Józef Hawranek, Benzel Bergino, Karl Ferdinand Kirsch, Franz Sobota; als Erzählmänner: Matthias Bouček, Theodor Kaponek, Karl Hertl, Józef Strobl, Schindelz, als Revisorin wurden gewählt die Genossen Mach und Ignaz Linsmeier.

Über den dritten Punkt, die internationale Arbeitsgesetzgebung, sprachen die Genossen Franz Schüttel, Franz Michael, Józef Baldner und Linsmeier in sehr ausführlicher Weise.

Die Versammlung wurde um 1/2 10 Uhr abends geschlossen.

Franz Schüttel, zweiter Schriftführer.

Grendenthal, am 18. Juli 1881. Protokoll, aufgenommen in der ganzjährigen Hauptversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins den 17. Juli 1881 im Saale des Herrn Baubachs, im Beisein des Regierungsvorstellers Anton Krebs. Nachdem das Protokoll von der letzten Sitzung vorgelesen war, wurde zum ersten Punkte der Tagesordnung geschritten. Der Kassier berichtet über die Gesamteinnahme vom Vereinsjahre 1880/81 von 70 fl. 01 kr., Gesamtausgaben 122 fl. 69 kr., bleibt Saldo pro Juli 1881 47 fl. 32 kr. — Karl Schmidt referierte für die Finanzktion, daß der Verein gegenwärtig 80 ordentliche Mitglieder zählt. — Für die Wirtschaftssekretion referierte Franz Rosenthal, für die Unterrichtssekretion August Schnaufert, für die Festsitzion Franz Rosenthal, welcher auch als Bibliothekar referierte, und zwar, daß sich die Bibliothek um 21 Bände vermehrt hat. Endlich im verflossenen Vereinsjahre 278 Bände, zurückgestellt 248 Bände, daher noch aufzustehen 32 Bände.

Über den zweiten Punkt ergriff Anton Jahn das Wort, legte die Lage der Arbeiter, sowie die Gewaltakte in Straßfachen der Industriellen Kar. und Lieferie einzelne Beweise vorstellen, welches mit Zufriedenheit aufgenommen wurde.

Zum dritten Punkt wurde Franz Thiel, Heinrich Rauch und Josef Schwab als Rechnungsrevisorin gewählt.

Beim vierten Punkt wurden Anton John als Obmann, August Schnaufert als dessen Stellvertreter, Józef Schwab als Schriftführer, Franz Wolf als dessen Stellvertreter, Karl Schmidt als Kassier und Józef Grätz, Alois Haubert, Alois Vogt, Johann Löbel, Anton Sünthenholz, Franz Höllerbrand, Johann Wehrberger, Bernhard, Franz Rosenthal, Karl Kreil, Alois Groß, Alois Schatzow, als Ausschussmitglieder gewählt.

Da sich beim fünften Punkt, Anträge und Interventionen, Niemand zum Wort meldete, wurde vom Herrn Obmann die Versammlung geschlossen.

Józef Schwab, Schriftführer.

Wien a. d. M. Im Namen des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins gebe ich allen Freunden und Genossen traurige Nachricht von dem Ableben unseres unvergesslichen und zu früh dahin geschiedenen Genossen.

Karl Döblinger, Kleidermacher, aus Innshaus gehörig, welcher den 8. Juli nach kurzen und schweren Leidern in seinem 21. Lebensjahr im hiesigen Kleidermacherhaus verschieden ist und Sonntag den 10. Juli beerdigt wurde.

Allen, die sich an dem Begegnisse so zahlreich beteiligt haben, besonders den Genossen von Lindberg und Leoben, wird der herzlichste Dank ausgesprochen.

Martin Höningg, Obmann.

Kittelfeld. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt Sonntag den 17. Juli d. J. seine halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Berichts- und Rechenschaftsbericht. 2. Bericht der Sektionen. 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Allgemeine Anträge.

Der Vorsitzende Obmann Mett eröffnete die Versammlung unter Beisein des Herrn Bezirksoffiziers von Judenburg um 3 Uhr nachmittags. Die Verfaßung des Protokolls der letzten Generalversammlung, sowie auch alle vorgemerkten Mitglieder wurden angenommen. Der Schriftführer berichtet, daß der Verein gegenwärtig 38 aktive Mitglieder zählt, was bei den hiesigen zahlreichen Arbeiterchaften wirklich zu bedauern ist. Erneut berichtet Genosse Bremer, Obmann-Stellvertreter, daß der Verein bei dem jetzigen Zeitpunkte auch von Seite der Mitglieder sehr schwach besucht ist, und daß bloß das von Vereinsmitgliedern errichtete Volkskantoreni das Interesse der Mitglieder ein wenig aufrecht erhält.

Laut des Rechenschaftsberichtes bezirrten sich die Einnahmen im Monat Juni auf 19 fl. 29 kr., die Ausgaben auf 8 fl. 49 kr., bleibt Rosenthal 10 fl. 68 kr.; die gesamten Einnahmen in diesem halben Jahre belaufen sich auf 114 fl. 04 kr., die Ausgaben auf 104 fl. 16 kr.

Die Kontrollsitzion berichtet, sämtliche Rechnungen für richtig befunden zu haben.

Die Literatursitzion berichtet, daß der Verein folgende Zeitschriften abonnierte: „Kunst“ „Neuzzeit“, „Arbeiterfreund“, „Volksfreund“ und „Dorfpost“.

Die Neuwahl des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Obmann Brunner Franz, dessen Stellvertreter Müller August, Schriftführer Wohlisch Engel, dessen Stellvertreter Heinrich Wilhelm, Kassier Slaby Johann, Rechnungsleiter Litsch Franz; Ausschussmitglieder: Walfershausen Anton, Sterblich Simou, Welton August, Klein Stefan, Kobl Leopold; Geschäftsführer: Wohlisch Georg, Neudech Franz; Bevrauerwammi Bommoc Karl.

Beim letzten Punkt wurden verschiedene Anträge von Seite der Mitglieder gestellt und erledigt. Zum Schluß dankt der Obmann dem alten Ausschuß für sein ehriges Bestreben und legte es dem neu gewählten aus: Herz, für die Sache des Vereins in wahren Sinne eines aufrichtigen Parteigenossen aufzuliefern und davon zu überzeugen, daß der Verein nur immer auf seinem hohen Standpunkt beharrte, und daß täglich dem Vereine neue Mitglieder zugezogen werden.

Arbeiter-Kittelfelds! Infolge des großen Fal von Arbeitern, die hierorts beschäftigt sind, ergeht an Euch die dringende Bitte: Preiset dem Vereine bei, in welcher Lage täglich beschäftigt und zur Verbesserung derselben Anstrengungen und Besprechungen gehalten werden können, denn wenn wir ausschließen und aufklären werden, dann treten wir als Männer der Wahrheit für eine bessere Zukunft auf.

Emmanuel Weißbach, Schriftführer.

Eingesendet.

Herr Redakteur!

Ihre Ausgabe von 23. Juni enthält auch den Artikel: Herr G. scheint die Bibel nicht studirt zu haben, sonst müßte er wissen, daß im 2. Buch Moses, 31. Kap. 14. Vers und weiter zu lesen ist: Sechs Tage soll man Arbeit tun, aber den siebenten sei Sabathfeier!

Meine Ansicht ist dieselbe, jeder Mensch soll Sonn- und Feiertage frei sein, um ausruhen zu können. Ich nahm dieses Blatt und gab es dem jungen Herrn zu lesen, bekam jedoch das Blatt mit den Worten: „das Papier ist gebündigt“ zurück.

Ich werde es sofort bereuen, was ein Arbeiterblatt schreibt und was ein Arbeitertum tut.

Es wurde mir die Tagblätter Wenzel Riphä geholt, et möge sein Krankenbuch der Arbeiterklasse mitbringen.

Nun wurde mir folgendes vorgelegt: Tanzleistungen an Wochentagen von 8—12 Uhr und von 1—6 Uhr, am Sonn- und Feiertagen von 8—12 Uhr. Bereits alle Einzahlungen sind von 7—9 Uhr abends in den Einschreibebüroen; von den Auszahlungen sei noch zu erwähnen: Simmering, jeden Freitag von 6—8 Uhr abends und Sonntag von 8—10 Uhr vormittags in der Fabrik Sigl, Währingerstraße 1.

Nun meinte jetzt der junge Herr, wie gefällt Ihnen die Schreibweise des „Zukunfts“ und wie die Handlungsweise dieser Arbeiterklasse (Arbeiterkasse, Invalidenklasse, Gumpendorferstraße).

Ich versichere Sie, Herr Redakteur, wäre der Kontrast nicht ein so großer, ich hätte Sie gewiß nicht bestört. Aber wenn ein Arbeiterblatt einen derartigen Artikel bringt und ein Arbeiterinstitut, welches ganz allein in seiner Größe besteht, an seinem eigenen Personale so handelt, dann frage ich, Herr Redakteur, wo bleibt die Konsequenz, der eisenfeste Charakter der Arbeiter, und hat denn einer den Mut, um sich dessen anzunehmen?

N. P., Buchhalter.

Hiezu haben wir blos zu bemerken, daß alle Unternehmungen und Institute, welche mit Arbeitern verkehren, in Wohlstand der Arbeiter, ihrer Kunden, Sonntag Unterrichtsstunden halten müssen, weil sonst viele Arbeiter, die an Wochentagen in den Werkstätten und Fabriken bis spät in die Nacht hinein geplagt sind, gar nicht in der Lage wären, ihre Einzahlungen zu leisten oder mit den Unternehmungen, bei denen sie interessirt sind, in Verbindung zu treten. Hätten wir einen geleglichen Arbeitstag von acht Stunden und wären die Arbeiter nachmittags um 4 oder 5 Uhr Herren ihrer Zeit, oder hätten sie gar, wie z. B. in England, schon den ganzen Samstag-Nachmittag frei, so würde es weder der Arbeiter-Kraulen- und Invalidenklasse noch der Medakziation irgend eines Arbeiterblattes einfallen, Sonntags ihr Amtskloster zu öffnen. Wenn bertartige Unternehmungen ihre Angestellten gerade an den Ruhetagen derjenigen, mit denen sie zu tun haben, am meisten anstrengen müssen, so liegt hierin keine Konsequenz, sondern nur eine gedrungene Fügung in Verhältnisse, die wir ja bekämpfen und die wir abzuhindern bemüht sind.

Die Redaktion der „Zukunft“.

Anzeige.

Nr. 100.

Für die Familien unserer verehrten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingezahlt:

Die Noten von Mariawil 1.76, die roten Visitanten 50, Genossen bei Dübel 3.71, Kreim 10, Troja 80, Bernhard 10, Einer von Margareten 30, W. 5, Seebücher 10, Werkstätte 5, Neme 30, Ungezahmt 20, Kreischl, für mehr Licht 20, Roccstroh 10, E. 20, Floridsdorf 1.—, Werkstätte Sojzinger 80, Andl, Hirschstädter 1.—, Unbekannt 4, Dörfel 20, Familie Hampel 40, Höllenstein 1.—, E. 20, Huber 1.—, die Noten am Neubau 2.— und 3.90, Hellmayer 10, G. 4, Frischl 32, Mayerhofer 20, Fanda 20, die Spengler in der Friesenstadt 60, mehr Licht 2.60, Kreuz und Licht, vergessen die Drechsler nicht 86, Bauer, Wallenstein 20, für unsere wackeren treuen Brüder legen wir auch ein Scherlein nieder, die Arbeiter der Werkstätte R. R. B., Anstetten 5.—, B. d. R. B. 2. W. 40, Genossen Floridsdorf 2.60, Lang 5, Goranek, Gastwirt, Floridsdorf 1.—, Genossen Floridsdorf 2.—, Lang, Jedlesee, für eine Gestalte 25.

Summe 36 fl. 38 kr.

Unzählige Ausflüsse auf der Schneepflanze durch Budleiner für die streitenden Schuhmacher in Graz gesammelt: Tiefenbach Joh. 14, König 8, Steiner, Drechsler 40, Würges 10, Aquilin 10, Tiefenbach 10, Scheg 10, Kocinet 20, Grob 5, Spal 5, Strecker 5, Wofita 10, Herdlicka 5, Böhni 10, Kublik 10, Bral 10, Politska 10, Hermann Joh. 10, Fein 10, Gander Joh. 10, Schmidinger 10, Wallenta Guido 10, Feigl Franz 10, Birecny 4, Scarpe 4, die roten Formstecher 20, Keller 10, Toerna 10, G. 6, Charva 10, Böckl 10, Lehner 10, Schen 10, Hanfleit 10, Brauner Rudolf 5, Brauner 8, Bahnhof Franz 8, Patelta 8, Hofer Franz 8, Staab 8, Jenisch 10, Dellingen 8, Sterni 10, Kreiter 10, Großbach 8, Jawadni 10, Marsch 10, Eich 10, Bösch 10, Wana 30, Kamenit jun. 10, Frau Kamenit 10, Slavack 10, Frau Glas 10, Gartner 5, Grafer Joh. 5, Fischer 5, Wancura 10, Lutach Joh. 10, Salomon W. 10, Müller Joh. 10, Madera 10, Enber Luk. 10, Pisani 10, Jos. 20, Böjet 9, Janusch 10, Novotni 10, R. N. 4, R. N. O. R. 5, Schafner 10, Bewec 4, B. Bewu 6, Gelbbach 10, Kutsch 20, ein Bierkrug 3, Harach Fr. 10, Novotni 20, Bördöf 10, Kugl Jan. 10, Henauer 10, Halda 10, Parkof 10, Jürgens 10, Babor 20, Schepen 10, Niedl 20, Clement 10, Wango Paul 20, Kisch 10, Gabor Jan. 10, W. W. Erd 20, Ballner 20, Novotni 20, Debel 20, Balsner 20, Mehrl 20, Jurak 10, Schubert Franz 10, Novotni Joh. 5, Wünster Joh. 5, Wutelsch 5, Nas 5, Wind 5, für die armen Schuhmacher 10, Wachatsch 10, Brisch 10, Kisch 10, Heim 10, Weich 15, Schani 2, Streitel um Eure Recht 5, Kämpft mutig vorwärts 10, Gregoritsch 10, Wittowitz 8, Politis 4, Herold Joh. 10, Holl 10, Fechau 7, Bösch 7, Bösch 10, Strahschneder 15, Bajzner 20, J. E. 10, ehemaliger Bräuer 10, W. G. 10, N. R. 10, Bewec 4, Bösch 10, Kutsch 10, G. 10, Bösch 10, Bösch 10, Schulz 10, Fischer 2. 10, Spatschek 10, Alm 10, Oberm 20, Morein 10, Pratzl 10, Schönl 10, Parits 10, Fiedler 10, Wilsei 6, Ring 10, Peiser 12, Bösch 10, B. L. 10, E. 7, Galbhorn 20, Häbischer 10, Wabach 10, Litschka 10, R. Litschka 10, Häbischer 10, Zefar 10, Heitmeier 10, Häbischer 10, Darter 10, Mach 4, der ehemalige Schuster von Weidling 10, Schlosser 5, Schmid 4, Jäger 10, Kollisch 10, Blader 10, Kram 6, Sora 10, Niedl 10, Provalnik Thon. 20, Tivin 10, Kubitschka 10, Siegler 10, J. W. 5, Wichtl 10, Feind 10, Herch 20, Oberreit 20, Petris 7, Farfach 7, Farfach 5, Geich 5, X X X 5, Schlosser 5, Fleischhans 20, Wolf 10, W. Mandl 10, Jäger 10, Novotni 10, Zink 10, Robicht 4, Häbischer 10, mehr Licht 10, Berger 4, Pulsong 20, Feid Chochola 10, Babatschek 10, Moritz Joh. 10, Moritz Anton, Potom 20, Gottsch 10, Hirschi 10, Feind 10, Litschka 10, Thrim 10, Unbekannt 2, Novotschek 10, Ganglberger 5, Schlechter 10, Wista 10, Gschmeider 20, Reiter 10, Stockinger 10, 2. Bierkrug 10, am Haus gesessen 10, 1. Bierkrug 5, Krich 5, Krich 17, Smetana 10, Ungezahmt 4, Ungezahmt 4, Edmorsk 10, Joh. 10, das Loge aus der Tasche von Michael Eduard 10, Novak 10, Ungezahmt 5, J. G. Schwell 5.

Summe 22 fl. 35 kr.

Briefkasten.

Redaktion: Viele Berichte und Einsendungen müssen wegen Raumangabe für die nächste Nummer zurückgelegt werden. Abministracion: Compt. Wolfsberg: Abmontir bis Ende Juni. — Paul Mayer, Haiderburg: Abmontir bis 1. Oktober 1880. — Stularbeiter: 2 fl. Insolatenpauschale erhalten.

Auskündigung.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Montag den 22. August, 8 Uhr abends, in Gerold's Restauracion am Schotterring findet eine freie Versammlung mit einem Vortrage von Herrn Mahninger statt.

Montag den 29. August halbjährige Generalversammlung.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Centrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.

Dienstag, in der Centrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgesetzte und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.

Mittwoch, in der Centrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschüttung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Wollardgasse.

Donnerstag, in der Centrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgesetzte, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.

Freitag, in der Centrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgesetzte.

Samstag, in der Centrale, von 1/2 8—1/2 9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von 1/2 9—1/2 10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Centrale, 7. Bez., Bieglergasse 25, statt.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und Arbeitertunen Wiens. Jeden Mittwoch Ausschüttung in der Centrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flöte“, Neufünfhaus, Unt